

22.2.49

Notiz für Herrn Major von Diesbach.

Ich war gestern bei Herrn Baurat Friedrich Spennrath, dem gegenwärtigen Präsidenten des Vorstands der AEG, mit dem ich in freundschaftlichem Kontakt stehe, eingeladen. Herr Spennrath leitet den Industrie-Ausschuss für Westberlin und hat an der Planung der Versorgung Berlins durch die Luftbrücke in Zusammenarbeit mit Magistratsstellen und führenden wirtschaftlichen Behörden, insbesondere mit Herrn Clemens Lammers, welcher Präsident des Aufsichtsrats von Schering, Berlin, und neuerdings auch von AEG ist, in führender Weise mitgewirkt. Herr Spennrath steht schon seit längerer Zeit in engerem Kontakt mit bedeutenden Persönlichkeiten der amerikanischen Militärregierung, im besonderen mit deren Political Adviser, Botschafter Murphy. Ich habe den Eindruck, dass durch Letzteren dem Urteil von Herrn Spennrath ein erheblicher Wert beigegeben wird. Als ehemaliger stellvertretender Bürgermeister in Köln ist Herr Spennrath auch in Verwaltungsfragen als kompetent zu bezeichnen. Im Laufe des Abends gab er mir vertraulich das Resultat einer Unterredung bekannt, die er gestern mit Mr. Murphy geführt hat. Das Gespräch soll sich um zwei Probleme, nämlich

1. das allgemeine Verhältnis zu Russland unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Situation, und
 2. die Frage der Berliner Währung
- gedreht haben.

1. Verhältnis zu Russland und Luftbrücke.

Mr. Murphy hat Herrn Spennrath die Fragen vorgelegt, die ihm anlässlich seines kürzlichen Besuches in Washington vom State Department gestellt wurden. Er nannte auch gleichzeitig die Antworten, die er darauf erteilt hat, und fragte Herrn Spennrath, ob diese nach seiner Meinung richtig seien. Die wesentliche Frage ging um die Bewährung der Luftbrücke und der Gegenblockade und deren Wirkung auf die Russen. Dazu habe Mr. Murphy erklärt, die Russen seien durch die Gegenblockade wirtschaftlich entscheidend geschwächt worden, und durch die Luftbrücke habe man es den Westberlinern ermöglicht, im Kampf gegen den östlichen Gegner auszuharren. Es bestehe jedoch die Gefahr, dass die Berliner Bevölkerung mit der Zeit den Kampf aufgebe, wenn nicht die Luftbrücke so verstärkt werde, dass Berlin, wennauch in beschränkter Masse, in den wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Westen eingeschaltet werden kann. Dies bedinge jedoch erhebliche finanzielle Opfer. (Diese Darstellung entspricht der Meinungsäußerung von Herrn Spennrath Anfang Januar dieses Jahres und wurde als Interview mit General Clay und Mr. Murphy im New York Herald publiziert.)

Mr. Murphy erklärte Herrn Spennrath, dass die Moskauer Konferenz im vergangenen Jahr eigentlich nur den Zweck verfolgt habe zu eruieren, ob Russland einen Krieg will oder ob

es ihn um jeden Preis vermeiden möchte. Es stehe heute mit Sicherheit fest, dass Russland einen Krieg nicht wünscht. Fest stehe aber auch, dass seine politische Position durch die Vorgänge in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 geschwächt wurde und dass in wirtschaftlicher Hinsicht Russland mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die bei der Aufrechterhaltung der Gegenblockade nur noch wachsen können. Mr. Murphy glaubt, dass die Russen früher oder später verhandlungsbereit sein werden und dass es sich daher lohnt, Berlin zu halten und weitere finanzielle Opfer zu bringen.

Herr Spennrath hat die These, dass die Russen schliesslich den Kürzeren ziehen werden, schon im vorigen Sommer, als man in amerikanischen Kreisen noch zweifelte, ob man die Berliner Position halten könne, gegenüber Mr. Murphy verfochten, wobei er sich besonders auf wirtschaftliche Erwägungen stützte. Mr. Murphy hat ihn gestern ausdrücklich dazu beglückwünscht, dass er Recht gehabt hat. Daraus darf wohl auch geschlossen werden, dass Herr Spennrath als Berater an Einfluss gewonnen hat.

2. Berliner Währungsfrage.

Herr Spennrath, der selber der CDU angehört, erklärt die politische Niederlage seiner Partei im November vorigen Jahres mit der ablehnenden Stellungnahme zur Frage der ausschliesslichen Einführung der Westmark in Westberlin. Die SPD habe nach seiner Meinung vornehmlich mit diesem Schlagwort das Rennen gewonnen. Er sei schon im Dezember 1948 wegen dieser Frage von alliierten Finanzsachverständigen konsultiert worden und habe sie gebeten, sofern eine Währungsumstellung im Sinne der ausschliesslichen Einführung der Westmark geplant sei, diese nicht in den Wintermonaten Januar und Februar vorzunehmen.

Anlässlich seiner gestrigen Besprechung habe ihm Mr. Murphy die Frage gestellt, ob er die Einführung der Westmark in Westberlin als alleiniges Zahlungsmittel wirtschaftlich für vorteilhaft oder nachteilig erachte. Er habe hierauf in eindeutiger Weise entgegnet, dass davon nur Nachteile zu erwarten seien. Bisher habe die Berliner Wirtschaft durch die Möglichkeit, Löhne und andere Leistungen in Ostmark zu bezahlen, die Preisspanne zwischen Berlin und dem Westen, die einerseits auf höhere Löhne und andererseits auf höhere Material- und Transportkosten zurückzuführen ist, nahezu ausgleichen können. Sobald die Westmark alleiniges Zahlungsmittel sein wird, sei mit gewaltigen Absatzschwierigkeiten der Berliner Produkte im Westen zu rechnen, wenn nicht durch Zuschüsse à fonds perdu die Differenz ausgeglichen werde. Ferner sei im Fall der Einführung der Westmark als ausschliessliches Zahlungsmittel in Westberlin mit östlichen Gegenmassnahmen zu rechnen, die den Verlust von zirka 350 Millionen Ostmark, d.h. der gesamten öffentlichen und privaten Gelder der Westberliner, die in Ostmark angelegt sind, zur Folge haben wird.

In dritter Linie fällt die Tatsache ins Gewicht, dass etwa 100'000 Berliner, die in den Westsektoren wohnhaft sind, im Ostsektor arbeiten und daher nur in Ostmark entlohnt werden. Eine Einführung der Westmark müsse schliesslich zur Folge haben, dass der immer noch rege Warenaustausch zwischen Westberlin und dem Osten, der für das Durchhalten der blockierten Berliner bisher ausserordentlich wertvoll war, infolge der Valutaschwierigkeiten stark zurückgehen wird.

Auf Grund der Meinung von Finanzsachverständigen nimmt Herr Spennrath an, dass der Druck neuer Noten in der Ostzone, mit dem schon vor sechs Monaten begonnen worden sein soll, nicht vor etwa zwei Monaten zum Abschluss gelangen könne. Eine Finanzmassnahme grösseren Stils sei daher nicht früher möglich. Sofern die Alliierten sich aber darüber einigen, die Westmark als ausschliessliches Zahlungsmittel für Westberlin einzuführen, sei es dringend vonnöten, dass dies geschehe, bevor im Osten eine Währungsmanipulation unternommen werden könne. Herr Spennrath meint, dass von westlicher Seite innerhalb eines Monats gehandelt werden müsse. Den politischen Vorteil sieht er darin, dass damit eine Einführung der Ostmark als ausschliessliches Zahlungsmittel für ganz Berlin für immer ausgeschlossen wird und dass Westberlin dadurch eine noch engere Verbindung zu Westdeutschland erhält. Er gab aber Mr. Murphy zu verstehen, dass das Experiment nur bei grosszügiger Finanzpolitik auf einen Erfolg rechnen könne.

Herr Spennrath wird am Donnerstag oder Freitag bei einem Nachtessen mit Botschafter Murphy, Mr. Wilkinson, dem Economics Adviser, und dem Finance Adviser (nach dem Rücktritt von Mr. Bennet vermutlich Mr. Freeman) die gesamten mit der Einführung der Westmark verbundenen Fragen im Detail besprechen. Er wird sich vorher mit massgebenden Berliner Wirtschafts- und Finanzleuten, insbesondere Herrn Lammers, der sowohl hier wie in Frankfurt als erste Autorität gilt, und mit Stadtkämmerer Dr. Haas, besprechen.

Berlin, 22. Februar 1949.

Amth